

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 52 / WINTER 2016



TITELTHEMA

Megatrends

ANALYSE

Unsere Zukunft – nur eine Wundertüte?

Christian Müller

BLICK AUS PARIS

Das Ende Europas

Enzo Traverso

DOKUMENTATION

Diskurs über die Ungleichheit

Jean-Jacques Rousseau

KURZGESCHICHTE

Außerlandesbringung

Anna Aldrian

D, A: 9 Euro, CH: 12 Franken

ISSN: 1614-2780





Das Bild auf der Titelseite dieser GAZETTE ist ein Ausschnitt aus dem Umschlag der US-amerikanischen Originalausgabe von John Naisbitts Buch „Megatrends. Ten New Directions Transforming Our Lives“. Der Buchumschlag basiert seinerseits auf einem Gemälde von Jakob Weder „Becoming, Being, Passing Away“ aus der Panova Gallery in Toronto. Die amerikanische Originalausgabe erschien im Verlag Warner Books.

Titelthema: Megatrends

- 7 Analyse I
Unsere Zukunft – nur eine Wundertüte?
Von Christian Müller
- 23 Analyse II
Im Schatten des Neoliberalismus
Von Johannes Simon

Dokumentation

- 31 Geistesgeschichte
**„Discours sur l’inégalité –
Diskurs über die Ungleichheit**
Von Jean-Jacques Rousseau

Europa

- 41 Blick aus Paris
Das Ende Europas
Von Enzo Traverso
- 46 Widerrede
Der aufgeblähte Antisemitismus
Von Gerhard Fulda

Fotostrecke

- 51 **Hopfen**
Bilder von Thomas Schwald

Europäische Union

- 67 Kommentar
**Es geht auch ohne
amerikanische Bevormundung**
Von Israel Rafalovich

Geistesgeschichte

- 69 Konservatismus
Zu Hitler nie richtig auf Distanz gegangen
Von Rudolf Walther

Gesellschaft

- 72 Psychologie
„Interesse am uninteressierten Erkennen“
Von Claudia Lorenz

Blick nach draußen

- 75 Zavidovići
Auf der Suche nach Lebensfreude
Von Lorenz Loos

Lyrik

- 80 John Keats: Gedichte aus dem Frühwerk
Unveröffentlichte Übertragungen von Mirko Bonné

Kurzgeschichte

- 82 Außerlandesbringung
Von Anna Aldrian

Genießen

- 88 St. Petersinsel
„Ohne das Begehren nach einem anderen Leben“
Von Christian Müller

Rezensionen

- 93 Hartmut Rosa:
Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung.
Von Eva Herold
- 94 Brendan Simms, Benjamin Zeeb:
**Europa am Abgrund. Plädoyer für die
Vereinigten Staaten von Europa.**
Dieter Grimm
**Europa ja – aber welches? Zur Verfassung
der europäischen Demokratie**
Von Peter Köpf
- 96 Marcin Zaremba
**Die große Angst, Polen 1944–1947: Leben im
Ausnahmestand**
Von Stefanie Oswalt

GAZETTE-Verlag

- 98 Autoren und Fotografen, Impressum



Hopfen und Malz – Gott erhalt's ... Seite 51



Friedliche Muslime in Bosnien Seite 75



Auf den Spuren von J.-J. Rousseau Seite 88

WIDERREDE

Der aufgeblähte Antisemitismus

Im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf war augenfällig, wie beide Kandidaten ihre „Freundschaft“ zu Israel bekundeten. Donald Trump will Israel nun sogar helfen, Jerusalem zur Hauptstadt zu machen. In Europa dagegen wird behauptet, der Antisemitismus sei wieder im Vormarsch. Ist wirklich jeder Kritiker der Politik Netanjahus ein Antisemit? Eine analytische und kritische Stimme.

Von Gerhard Fulda

Die Zwischenfälle häufen sich. Vorträge und Universitätsseminare werden abgesagt. Ausstellungen werden zugesagte Räumlichkeiten gekündigt. Gerichte werden angerufen. Stadtverwaltungen und Landesregierungen erhalten empörte Briefe. Der israelische Botschafter verlangt Verbote. Ein Rundfunkrat glaubt, sich für eine Auslandsreportage entschuldigen zu müssen.

Immer geht es dabei um Israel und um die besetzten Gebiete, um Antisemitismusklagen und um Klagen über Zensur in Deutschland. Wütet auf deutschen Straßen ein mit arabischen Flüchtlingen eingeschleppter neuer Antisemitismus? Ist die Meinungsfreiheit bei uns bedroht? Der Ton wird rauer, ein Dialog findet nicht mehr statt. In den Medien und in politikwissenschaftlichen Analysen über die Konflikte im Nahen Osten werden bei uns politische Positionen und Handlungen Israels, seine diplomatische Einflussnahme und seine militärischen Aktionen jedenfalls öffentlich nicht oder kaum diskutiert. Als ob die dort stärkste Regionalmacht nur ein zwar aufmerksamer, aber unbeteiligter Beobachter der chaotischen Entwicklung ringsherum wäre. Würde je ein Politiker in Deutschland wagen, außer hinter vorgehaltener Hand, Israel als mitverantwortlich zu benennen, seine Karriere würde jäh von der berüchtigten Antisemitismuskeule getroffen.

Die folgenden Ausführungen mögen manchem Leser als einseitig erscheinen. Aber es gibt genügend Veröffentlichungen der anderen Seite. Hier wird die These vorgetragen, in den letzten Jahren sei der Begriff „Antisemitismus“ in seinem Bedeutungsgehalt aufgebläht worden, um die faktische und zum Teil gesetzlich vollzogene

Annexion arabischer Gebiete kritikfrei stellen zu können.

Es geht um einzelne Themenbereiche, die sich zwar teilweise überschneiden, aber auch jeder für sich neue Wachsamkeit erforderlich macht.

Antisemitismus – Zunahme und neue Dimensionen

Alarmistische Behauptungen über eine erschreckende Zunahme antisemitischer Zwischenfälle haben in letzter Zeit immer häufiger den Weg in die deutschen Medien gefunden. Es ist fraglich, ob sie einer objektiven Überprüfung standhalten. Während eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit mit der Flüchtlingskrise offen zu Tage getreten ist, scheint deren Kern aber eher einen antiislamischen als einen antisemitischen Charakter zu haben.

Eine Statistik des Innenministeriums zeigt, dass sich die Zahl von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund von 2000 bis 2014 mit relativ geringen Veränderungen etwa auf 1500 pro Jahr eingependelt hat. Trotzdem behauptete Charlotte Knobloch bei der Verleihung einer Ehrenmedaille durch die B'nai B'rith-Loge: „Die jüdische Gemeinschaft spürt seit Jahren die Brüchigkeit der zivilisatorischen Werte, ... ‚Jude‘ gilt wieder als Schimpfwort. Jüdische Kinder werden immer öfter schikaniert. Antijüdische Ressentiments werden munter kolportiert – ebenso wie Verschwörungstheorien vom Finanzjudentum, der Weltbeherrschung und dem jüdischen Staat als Quell allen Übels.“

Der „jüdische Staat“ soll also geschützt werden. Deshalb hat sich die „moderne Antisemitis-

mus-Forschung“ einer neuen Variante zugewandt, nämlich dem „Antisemitismus, der als Kritik der israelischen Regierung“ daherkommt. Der „israelbezogene Antisemitismus“ wird aus einer „vermeintlich legitimen Kritik“ am Staat Israel und dessen Politik herausgefiltert. Und geradezu warnend stellt *Wikipedia* fest: „Manchmal werden Judentum und der Staat Israel gleichgesetzt.“ Wahrscheinlich hatten die Verfasser dieses Eintrags noch nichts von der Auseinandersetzung über die Staatsangehörigkeit Israels gehört. Als Präsident Obama von der israelischen Staatsangehörigkeit gesprochen hatte, wurde er von Premier Netanjahu zu rechtgewiesen, es gebe nur eine jüdische Staatsangehörigkeit in Israel. Folgt man *Wikipedia*, dann war Netanjahu mit dieser Gleichsetzung von Juden und Israel zum Antisemiten geworden.

Tatsächlich hat die jüngste umfassende Meinungsumfrage, betreut von Prof. Wilhelm Kempf von der Universität Konstanz und veröffentlicht unter dem Titel *Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee* zu einem überraschenden Befund geführt: Unter den regelmäßig israelische Politik verteidigenden Personen sind unterschwellige antisemitische Klischees häufiger anzutreffen als unter den mehr pro-palästinensisch denkenden Befragten.

Klischeehafte Vorurteile

Der Antisemitismus hat eine lange Geschichte. Seine Wurzeln reichen nicht nur in das Mittelalter zurück, sondern weit davor in die Frühzeit der Christenheit. Aus der Feder von noch heute hoch anerkannten deutschen Geistesgrößen sind eine Fülle von Zitaten überliefert, die pauschal klischeehaft herabwürdigende Äußerungen der Missachtung gegenüber einzelnen Juden oder „den Juden als solche“ zum Ausdruck brachten. Judenfeindliche Vorurteile waren in ganz Europa verbreitet, wie die berüchtigten *Protokolle der Weisen von Zion* deutlich machten. Eine Vielzahl von Verschwörungstheorien gipfelte immer wieder in der Behauptung: Die Juden streben nach der Weltherrschaft. Besonders plakative Denunziationen sind durch den Holocaust gründlich diskreditiert worden. Sie sind heute nur noch als rechtsextreme Randerscheinungen zu beobachten.

Trotzdem wäre es verwegen gewesen zu erwarten, dass solche historisch und kulturell tief verankerten Vorurteile mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs völlig aus den Köpfen unserer Bevölkerung verschwunden wären. Der *Wikipedia*-Eintrag *Antisemitismus (nach 1945)* zeigt nicht nur eine Fülle von aktuelleren Vorkommnissen, sondern vor allem auch das Bestreben, sich in der Begriffsbildung von der früheren Bindung an Rassismustheorien zu lösen.

Zugleich werden aber die Kriterien teils bis zum Verschwommenen verunklart – aus der Weltherrschaft wird der geradezu beliebig verwendbare Begriff „übergroßer Einfluss“: „Antisemiten unterstellen den Juden meist einen übergroßen Einfluss ...“ Nach diesem Muster wurde die bisher wohl gründlichste Studie zu solchem „übergroßen Einfluss“, Mearsheimers und Walts Buch *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, 2007, in Deutschland sogleich als antisemitisch diskreditiert. Zwar hatten sie die jüdische Lobbyorganisation AIPAC nicht als Verschwörung bezeichnet (und auch nicht von Weltherrschaft gesprochen), sondern lediglich deren mit hohen finanziellen Zuwendungen an Kongressabgeordnete (bzw. deren Entzug bei Unbotmäßigkeit) gestützten politischen Einfluss auf die amerikanische Politik beklagt. Dabei hatte die Studie sehr detaillierte Einzelnachweise benannt. Unzweideutig ging es hier um Urteile und nicht um Vorurteile. Aber darauf kam es bei dem aufgeblähten Antisemitismus-Verständnis nicht mehr an.

Wer aber die peinlichen Bilder gesehen hat, wie bei einer Rede Netanjahus in Washington die Mitglieder beider Häuser des Kongresses 28 mal zu *standing ovations* aufgesprungen sind, der musste dann doch wieder an „übergroßen Einfluss“ denken. Alle Abgeordneten wussten, sie werden gefilmt und sie hätten sich rechtfertigen müssen, wären sie sitzen geblieben.

Israels Existenzrecht

In der Begriffserweiterung zum Schutz Israels taucht inzwischen regelmäßig das „Existenzrecht“ auf. „Antisemit ist, wer das Existenzrecht Israels bestreitet.“ Dieser Vorwurf wird oft erhoben – er ist griffig und löst fast zuverlässig die Reaktion

aus: Mit so einem will ich als Deutscher nichts zu tun haben. Tatsächlich hat sich aber selten jemand wörtlich so geäußert. Viel häufiger wird etwas Ähnliches oder auch ganz Anderes gesagt, das aber trotzdem eindeutig als Angriff auf das Existenzrecht Israels ausgelegt wird.

Ahmadinedschad wird falsch zitiert

Nach seinem Wortlaut erscheint der Vorwurf in der Sprache des Rechts und der Nichtjurist muss vermuten, dass hier in einem völkerrechtlichen Zusammenhang argumentiert werde. Das Völkerrecht kennt aber den Begriff eines Existenzrechts von Staaten gar nicht. Indirekt zeigt zwar das Recht auf Selbstverteidigung, dass jeder Staat das Recht hat, seine Existenz gegen einen Angriff zu verteidigen. Aber um diesen Zusammenhang geht es nicht in einer Diskussion über den Antisemitismus. Es ist international keine Äußerung bekannt, die dem Staat Israel das Selbstverteidigungsrecht bestreiten und absurderweise ausdrücken wollte, Israel müsse gewaltsame Angriffe einfach hinnehmen. Selbst der „Vater aller Existenzrechtsbestreiter“, der frühere iranische Präsident Ahmadinedschad, hatte das nicht getan. Er hatte gefordert, „das Regime“ gehöre abgeschafft und er zielte damit nicht gegen das Land Israel, sondern gegen dessen Regierung.

Eingehüllt in eine nur scheinbar rechtliche Beurteilung handelt es sich bei der Verknüpfung einer angeblichen Gefährdung der Existenz Israels mit dem Verdikt des Antisemitismus jeweils um ein politisches Manöver. Das wird deutlich, wenn konkrete Anwendungsfälle benannt werden:

- Wer vom Apartheidstaat Israel spricht, versucht damit, Israel zu „delegitimieren“.
- Wer sich als Anti-Zionist bekennt, entzieht Israel seine historischen Wurzeln.
- Mit dem Rückkehrrecht für Flüchtlinge sollen Juden in die Minderheit gedrängt werden.
- Die Organisatoren der Nakba-Ausstellung wollen „in Wirklichkeit“ Israel beseitigen.

Das Argumentationsmuster ist in diesen Fällen jeweils das gleiche: Die Kritik an israelischer Politik wird nicht als das genommen, was gesagt wird. Vielmehr wird eine weitergehende, antisemitische

Absicht unterstellt. Diese wiederum erkennt man mit dem von Natan Scharanski empfohlenen sogenannten 3D-Test. Man muss die 3D-Brille aufsetzen, um richtig sehen zu können: wird Israel dämonisiert, delegitimiert oder werden doppelte Standards angelegt? Sharansky selbst hat seinen Test, der eine Fülle von Auslegungen erlaubt (und damit viele interessengeleitete Positionen einfließen lässt), als die richtige Sichtweise verstanden; sogenannte Antisemitismusforscher versuchen jetzt, daraus eine wissenschaftliche Methodenlehre zu machen. Aber:

- Wer die rechtliche Ungleichbehandlung zwischen Israelis und Palästinensern in den besetzten Gebieten als Apartheid beklagt, verlangt erst einmal nichts Anderes als die Gleichbehandlung.
- Wer die Meinung vertritt, die frühen Repräsentanten der zionistischen Bewegung seien sich bereits bewusst gewesen, die Ansiedlung der verfolgten Juden in Palästina sei unweigerlich mit einer Aussiedlung der dort vorhandenen Bevölkerung verbunden, ist historisch schwer zu widerlegen. Es ist eigentlich nicht zu viel verlangt, Israel solle die dunklen Seiten seiner Vergangenheit aufarbeiten und daraus Konsequenzen für seine gegenwärtige und seine künftige Politik ziehen.
- Jeder, der sich auch nur oberflächlich mit den gescheiterten Ansätzen für eine Friedenslösung beschäftigt hat, weiß, dass beim Thema Flüchtlinge niemals der Zuzug von inzwischen mehreren Millionen Nachfahren der 750 000 damaligen Flüchtlinge verlangt worden ist. Aber ohne die Anerkennung der Vertreibung und ohne Entschädigungsleistungen für Enteignungen kann es ganz offenbar keinen Friedensvertrag geben.
- Häufig wird ohne konkrete Anhaltspunkte erklärt: „Dahinter steckt die Absicht ...“ Das ist eine Behauptung ohne Substanz und sollte, wo immer sie auftaucht, zu bohrenden Rückfragen führen.

BDS und das „wirklich Gemeinte“

Das Muster ist sehr schön nachzulesen im Zusammenhang mit dem für Israel sehr ärgerlichen Phänomen BDS (Boycott, Desinvestment, Sanctions); Jan Riebe schreibt in der *Süddeutschen*

Zeitung vom 7.11.2016: „Die BDS-Bewegung spricht Israel *eindeutig* das Existenzrecht ab, wenngleich verklausuliert“

Wie denn nun? *Eindeutig* oder *verklausuliert*? Der im Interview der *Süddeutschen Zeitung* als Sozialwissenschaftler vorgestellte Experte wird als Spezialist für israelbezogenen Antisemitismus bezeichnet. Er wurde befragt, denn in München waren Veranstaltungen über den Nahostkonflikt abgesagt worden, weil der Verdacht im Raum stand, hinter der politischen Kritik versteckte sich antisemitische Hetze. Man darf durchaus unterstellen, dass dieser Verdacht im Raum stand, weil er sehr gezielt dorthin gestellt worden war.

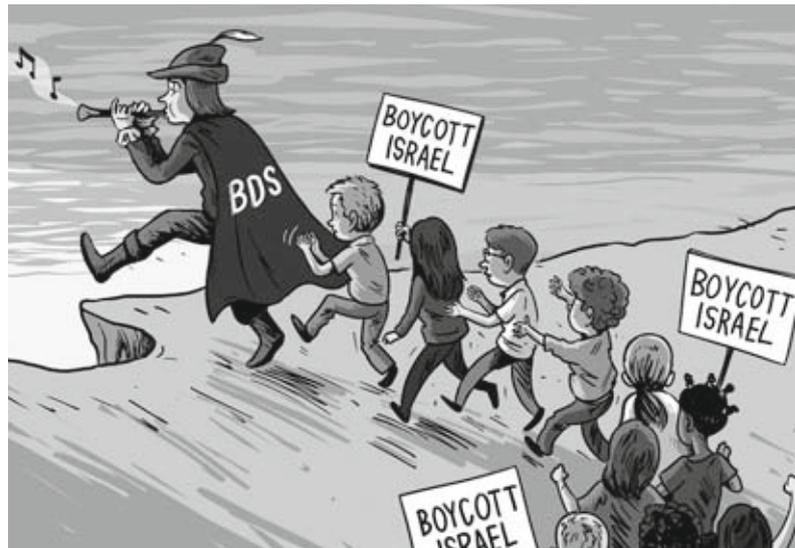
Der „Spezialist“ gibt zu: „Man kann nicht immer klar zwischen antisemitischen und nicht-antisemitischen Sätzen unterscheiden.“ Und er geht noch weiter: Es ist möglich, „dass eine Äußerung vielleicht gar nicht antisemitisch gemeint, aber doch antisemitisch aufgefasst werden kann“. Und wenn auf den Webseiten der BDS-Kampagne ausdrücklich steht, es gehe um die Rückgabe der besetzten arabischen Gebiete im West-Jordanland, Ost-Jerusalem, Gaza und den Golanhöhen, dann weiß der interpretierende „Spezialist“ dennoch, das klinge zunächst ganz harmlos, gemeint sei aber, „dass Israel von der Landkarte verschwindet“.

Wer dann noch einmal wissen will, wie der Sozialwissenschaftler zu dieser Erkenntnis komme, erhält die Antwort: „So sprechen zumindest führende BDS-Aktivisten.“ Eine Behauptung ohne Namen, ohne Datum, ohne Fundstelle, ohne wörtliches Zitat, ohne Zusammenhang.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Der Verfasser dieser Zeilen hat sich der BDS-Bewegung nicht angeschlossen. Hier soll auch mit keinem Wort eine politische Bewertung der Befürworter der BDS-Kampagne zum Ausdruck gebracht werden. Es geht hier ausschließlich um die Mechanismen der inzwischen gängigen Aufblähung des Begriffes „Antisemitismus“. Unterstellungen sind aber keine Anklagen, sondern Verleumdungen.

Islamischer Antisemitismus

Die neueste Spielart der hier beschriebenen Begriffsverwirrung ist die Rede vom islamischen



Die internationale Kampagne BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) hat Erfolg. Bereits sind unzählige Firmen, Banken oder auch Pensionskassen aus Engagements in Israel ausgestiegen. Sie verlangen von Israel ein Ende der Besatzungspolitik. Israel ist beunruhigt und versucht, die BDS-Kampagne lächerlich zu machen (Cartoon: Uri Morad).

Antisemitismus. Kronzeugen: Wiederum Charlotte Knobloch und (außerhalb Deutschlands, aber noch in Europa) der Ober-Rabbiner des Vereinigten Königreichs mit einer Rede auf einem Seminar im Europäischen Parlament.

Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, ausgerechnet sie, verfällt dabei in Pegida-Rhetorik: „Die Flüchtlinge stammen aus Herkunftsländern, in denen Antisemitismus fester Bestandteil der Sozialisierung ist.“ „Antisemitismus ist wieder salonfähig. Er wütet unter hier lebenden Muslimen. Niemand kann mehr verharmlosen, wie extrem der Juden Hass unter den Muslimen in Deutschland ist.“ (Quelle: siehe oben)

Nicht nur die Flüchtlinge transportieren dieses Gift. Rabbi Lord Sacks (in einer Rede auf einem Seminar im Europäischen Parlament am 26. September 2016) glaubt zu wissen, dass es über die sozialen Netzwerke aus der muslimischen Welt zu uns gelangt. Das ist zwar nicht gerade wahrscheinlich, denn wer versteht hier schon das in den dortigen Netzwerken geschriebene Arabisch. Aber für Lord Sacks ist das trotzdem sehr einfach. Er meint, früher seien Juden gehasst worden wegen ihrer Religion. Später wegen ihrer Rasse. Heute wegen ihres

Nationalstaats. Der dagegen gerichtete Antisemitismus manifestiere sich gegen diesen Nationalstaat in Vorwürfen der Verletzung von Menschenrechten. „Israel – the only fully functioning democracy in the Middle East with a free press and independent judiciary – is regularly accused of the five cardinal sins against human rights: racism, apartheid, crimes against humanity, ethnic cleansing and attempted genocide“.

Das Epizentrum dieser antisemitischen Verwendung der Menschenrechte sei der Nahe Osten und die Europäer ließen zu, dass dieses Gedankengut über Twitter und Youtube und andere *Social Media* in unsere Länder eindringe. Mit der Frage, ob irgendetwas an diesen Vorwürfen berechtigt sein könnte, hält sich dieses Mitglied des englischen Oberhauses gar nicht erst auf. Da ist es fast eine tröstliche ausgleichende Gerechtigkeit, dass leider auch jüdische Mitbürger in derartige Irrtümer verfallen sind.

Jüdische Selbsthasser

Wenn nicht in Israel lebende Juden die israelische Politik zum wiederholten Mal kritisieren, wird ihnen gern entgegengehalten, sie seien „jüdische Selbsthasser“. Selbsthass ist eine Erscheinungsform von Depressionen, von fehlendem Gefühl für den Wert des eigenen Ichs. Versagen, Schuld und Vorwürfe bestimmen die Einstellung zum Leben. Das ist eine Krankheit, die man in den hier angesprochenen Fällen allerdings nicht in der Psychiatrie eines jüdischen Krankenhauses behandeln lassen kann. Es spricht auch nie jemand von einem christlichen Selbsthass und selbst in der schuldgeplagten deutschen Bevölkerung würde man die Kritik eines Deutschen an der deutschen Regierung niemals mit der Formel beiseitewischen können, da verbreite ein deutscher Selbsthasser unhaltbare Behauptungen. Wir kennen diese Wortkombination nur im polemischen Sprachgebrauch der Israel bedingungslos verteidigenden Autoren und nur gegenüber kritischen Juden.

Der Ausdruck „jüdischer Selbsthass“ unterstellt, solche Kritiker litten an ihrem Jüdisch-Sein. Das sollte uns an das althergebrachte Verständnis des Wortes „antisemitisch“ erinnern, wonach der Vorwurf berechtigt war, wenn Juden wegen ihres

Jüdisch-Seins verächtlich gemacht wurden. Wer „jüdischen Selbsthassern“ Antisemitismus vorwirft, bewegt sich also selbst auf einer antisemitischen Denkschiene.

Die Rhetorik wird schärfer

Die zunehmende rhetorische Schärfe der Auseinandersetzung in Deutschland hat mehrere Gründe.

- Das Ende der Amtszeit Präsident Obamas,
- der beginnende Wahlkampf in Deutschland,
- das Hochspülen anti-islamischer Reflexe durch die Flüchtlingskrise,
- das Jahr 2017 mit dem 50. Jahrestag der Besetzung Palästinas
- die Wirksamkeit der internationalen BDS-Kampagne.

Jeder dieser Faktoren verlangt von jedem Beteiligten, sich mit eigenen Interessen frühzeitig zu positionieren – möglichst so, dass in unserer Mediendemokratie entgegenstehende Meinungen kaum zu Worte kommen. Dabei ziehen die aktiven Freunde Israels mit ihrer Behinderung von israelkritischen Veranstaltungen inzwischen den Vorwurf auf sich, die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit zu missachten.

Universitäten und öffentliche Bibliotheken, Kirchen und kommunale Veranstaltungsräume, in denen über die Besetzung Palästinas diskutiert werden sollte, werden im letzten Augenblick mit einem medialen *shitstorm* überzogen, dessen Inhalt sich fast deckungsgleich an den hier beschriebenen Argumentationsmustern orientiert. Besonders heftige Angriffe richten sich immer wieder gegen die Nakba-Ausstellung. Das alles lässt vermuten, dass die Akteure sich der Schwäche ihrer Positionen durchaus bewusst sind. Lieber verhindern sie eine offene Diskussion, als dass sie daran teilnehmen. Falls hier mit dem Blick auf das 50. Gedenkjahr der Besetzung 2017 ein Kampfverhalten eingeübt wird, das der anderen Seite erhebliche Kosten verursachen soll, dann wird es Zeit, die Rechtslage mit einem Musterprozess in Erinnerung zu rufen. 